

**Editorial:
Milano
Moda**

ÖBL

Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

100 Jahre UWG

Das UWG ist 100 Jahre alt!

Hannes Seidelberger

100 Jahre UWG – quo vadis?

Erika Ummenberger-Zierler, Judith Stenitzer

Beitrag

Dark Patterns im Fokus

Christian Handig

Rechtsprechung

Apothekerwerbung – Arzt oder Apotheker

Veronika Appl

Poster Fußballmannschaft – Front Page

Reinhard Hinger

Anna Fucking Molnar – erlaubt als Filmkulisse

Michael Otti

SMS nicht im Akt – Urheberrecht auf den Presspoint gebracht

Johann Guggenbichler

Das UWG ist 100 Jahre alt!

Rückblick auf ein Jahrhundert „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“

Der Beitrag schnell gelesen

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) prägt den wirtschaftlichen Wettbewerb in allen seinen Facetten, wobei in den letzten Jahrzehnten der Verbraucherschutz mehr in den Fokus gerückt ist. Auch wenn sich das UWG durch einige Liberalisierungen und später durch die Normsetzung der EU immer wieder verändert hat, ist es in seinen Grundpfeilern über die 100 Jahre seines Bestehens hindurch gleich geblieben.

Das UWG wird dabei maßgeblich durch die Rsp des OGH und seit der Harmonisierung innerhalb der EU auch des EuGH geleitet.

Lauterkeitsrecht

UWG

ÖBL 2023/58



HANNES SEIDELBERGER, Geschäftsführer des Schutzverbands gegen unlauteren Wettbewerb, Wien.

Inhaltsübersicht:

- A. Einleitung
- B. Anfänge des UWG
- C. Liberalisierung bei Sondertatbeständen
 - 1. Wiederverlautbarung und Wettbewerbs-DeregulierungsG
 - 2. Aufhebung des VfGH zum UWG
 - 3. Fall des Zugabensverbots und Liberalisierung der Ausverkaufsvorschriften
- D. Europäische Harmonisierung des Lauterkeitsrechts
 - 1. Die IrreführungsRL samt vergleichender Werbung
 - 2. Die „große“ UWG-Nov 2007 als Umsetzung der RL über unlautere Geschäftspraktiken
 - 3. Die UWG-Nov 2015 als „weitere“ Umsetzung der UGP-RL
 - 4. Die UWG-Nov 2018 als Umsetzung der Know-how-RL
 - 5. Die UWG-Nov 2022 als Umsetzung der OmnibusRL
 - 6. Der „Green Deal“ mit der RL zur Stärkung der Verbraucherrechte für den ökologischen Wandel
- E. Resümee

A. Einleitung

Bei kaum einem Gesetz ist dessen vollständiger Name (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) so viel weniger bekannt als seine **Abkürzung: UWG**.¹ Diese für den geschäftlichen Verkehr so wichtige Richtschnur ist nun 100 Jahre alt geworden – und dabei ewig jung geblieben. Der Autor ist als Gratulant geeignet, weil er fast auf den Monat genau den Schutzverband gegen unlauteren Wettbewerb seit 25 Jahren leitet, was zumindest ein Viertel der Geschichte abdeckt. Außerdem besteht der Schutzverband als ältester klagsbefugter Verein nach dem UWG in Österreich seit nunmehr fast 70 Jahren und hat die Geschichte des Lauterkeitsrechts mit seinen zahllosen Interventionen und ausgewählten Musterverfahren bis zum OGH entscheidend mitgeprägt.

Das UWG ist noch in einer weiteren Hinsicht speziell: Es zählt zum klassischen **Case Law**, was sonst für den angloamerikanischen Rechtsraum typisch ist. Aber nachdem sich die unterschiedlichen Handlungen bzw Verhaltensweisen im Wettbewerb und in der Werbung nicht mit einzelnen Tatbeständen fassen las-

sen (auch wenn es die EK mit der „schwarzen Liste“ immer wieder versucht), stellen die mittlerweile drei Generalklauseln die Kernbestimmungen in diesem Gesetz dar. Und so einfach ist es dann, wenn man Laien über das UWG erzählt: Eine Geschäftspraktik (oder auch Geschäftspraxis) ist unzulässig, wenn sie irreführend, aggressiv oder sonst unlauter (früher sittenwidrig) ist. Alles klar, oder?

Wenn dem so wäre, würde das UWG nicht als **absolute Spezialmaterie** gelten, mit der sich nur wenige Juristen kontinuierlich im Detail befassen und klare Aussagen dazu treffen können. Denn ohne nähere Kenntnis der zahlreichen Entscheidungen des OGH und des EuGH ist die Grenzziehung zwischen einer cleveren Geschäftsidee und einer unfairen Verhaltensweise kaum zu machen. Bei § 1 UWG hilft zwar die Einteilung in die Fallgruppen Kundenfang, Behinderung, Ausbeutung und Rechtsbruch, aber auch hier ist jeweils alles im Einzelfall zu beurteilen, wie die Judikatur beinahe gebetsmühlenartig wiederholt. Und selbst nach 25 Jahren täglicher Befassung kommen dem Autor noch immer Fragen unter, bei denen auch die Kenntnis der bisherigen Rsp nicht weiterhilft. So sind Unternehmer nicht nur risikobereit, sondern mitunter auch besonders kreativ.

B. Anfänge des UWG

Anlässlich dieses – auch für ein Gesetz – ganz besonderen Jubiläums soll ein Blick zurück an die Anfänge gemacht werden, um dann in einer Zeitreise die wesentlichen Angel- und Wendepunkte darzustellen.² Das erste **UWG von 1923 in Österreich** wurde als „*Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 26. 9. 1923, BGBl 1923/531*“ kundgemacht. Seine grundsätzliche Konzeption ähnelte dem **dt UWG von 1909**, insb was die Kombination verschiedener Einzeltatbestände mit einer als Auffangtatbe-

¹ Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG, BGBl 1984/448 (WW).

² Dieser Rückblick erfolgt ohne Anspruch auf Vollständigkeit, weil das den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Eine kompakte Übersicht über die Geschichte des UWG findet sich in *Görg*, Kommentar zum UWG; s auch *Handig/Wiebe* in *Wiebe/Kodek* (Hrsg), UWG² Einl Rz 2 ff. Eine nähere Darstellung der Entwicklung des Lauterkeitsrechts bietet *Hanreich*, Die volkswirtschaftliche Rechtfertigung von Wettbewerbsbeschränkungen im österreichischen Wirtschaftsrecht 1870–1990, Wien 1989 (2021) 36ff; <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5935/1/hanreich-2021-wettbewerbsbeschaenkungen-im-oesterreichischen-wirtschaftsrecht.pdf> (Stand aller Links 25. 7. 2023).

stand gedachten Generalklausel als „Verstoß gegen die guten Sitten“ betrifft.

Zuvor hatte der Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts nach Einführung der **Gewerbefreiheit durch die GewO 1859** mit seinen Forderungen nach „vollständiger Konkurrenz“ nicht nur zu einem Aufblühen des Wirtschaftslebens, sondern auch zu einem rücksichtslosen Kampf unter den Wirtschaftsteilnehmern geführt, dessen Auswüchse mit den allgemeinen schadenersatzrechtlichen Vorschriften des ABGB nicht ausreichend gelöst werden konnten. Während es in Deutschland bereits ab dem Jahr 1896 eine Sonderregelung des Wettbewerbsrechts gab, wurden in Österreich die Arbeiten an einer ersten Regierungsvorlage aus dem Jahr 1906 auch nach dem Beitritt zur „Pariser Verbandsübereinkunft von 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (PVÜ)“ im Jahr 1908 letztlich erst nach dem Ende des 1. Weltkriegs fortgesetzt.

Das **UWG 1923** lehnte sich stark an die dt Bestimmungen an, wobei Regelungsanliegen **der Schutz der Mitbewerber**, nicht hingegen (auch) der Abnehmer war. Bereits dieses „Ur-UWG“ sah eine Klagslegitimation für betroffene Mitbewerber und Vereinigungen zur Förderung wirtschaftlicher Unternehmerinteressen vor. Das Lauterkeitsrecht wurde später noch durch weitere Regelungen wie die **AusverkaufsV 1933** und das **ZugabenG 1934** ergänzt. Außerdem wurde das dt **RabattG 1935** auch in Österreich in Geltung gesetzt.

Nach dem 2. Weltkrieg war im Jahr 1947 durch das Wettbewerbs-ÜberleitungsG im Wesentlichen wieder der alte Rechtszustand hergestellt, wobei das RabattG in Geltung blieb. Die Gründung des Schutzverbands gegen unlauteren Wettbewerb als erste klagsbefugte Unternehmervereinigung erfolgte 1954 nach dem Vorbild der dt Wettbewerbszentrale.³ Besonders anschaulich für die Anfangszeit ist ein Überblick über die damaligen Fälle in der seit 1955 herausgegebenen Mitgliederzeitschrift „Recht und Wettbewerb – RuW“ des Schutzverbands, Nr 9, Jahrgang 1957, wo vom damaligen Geschäftsführer Dr. *Wilhelm Döhne* das **Panorama des unzulässigen Wettbewerbs** wie folgt aufgelistet wurde:

- ▶ Abverkäufe und ausverkaufsfähnliche Veranstaltungen außerhalb der gesetzlichen Sonderverkaufszeiten;
- ▶ wettbewerbswidrige Teilzahlungsgeschäfte;
- ▶ unzulässige Rabattankündigungen;
- ▶ Aufsuchen von Bestellungen bei Privaten;
- ▶ verbotene Gutscheinkaktionen;
- ▶ Missachtung der Ladenschlussanordnung und des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes;
- ▶ verschleierte Betriebsaktionen;
- ▶ Messerabatte, Winter-, Sommer- und Heiratsrabatte;
- ▶ Superlativwerbung ohne beweisbaren Sachverhalt;
- ▶ Verkauf zu Engros-Preisen an Detailkunden;
- ▶ unzulässige Zugaben;
- ▶ Berufung auf nicht vorhandene Behördenempfehlungen;
- ▶ Handel ohne gewerberechtliche Deckung;
- ▶ Phantasie-, Marken- und Firmenbezeichnungen;
- ▶ gewerbemäßiger Handel unter privatem Deckmantel;
- ▶ diskriminierende vergleichende Werbung.

Als wesentlichen Schritt, für den die Rsp den Weg bereitet hatte⁴, brachte das Jahr 1971 eine **Erweiterung des Schutzzwecks auf Verbraucherinteressen** durch ein Verbandsklagerecht des Arbeiterkammertags und des ÖGB für den zugleich ausgeweiteten Irreführungstatbestand des § 2 UWG.⁵ Die Entwicklung des UWG hin auch zum Verbraucherschutz wurde durch die 1980 erfolgte Ausdehnung dieser Klagbefugnis der „Konsumentenvertreter“

auf § 1 UWG fortgesetzt, wobei auch ein ausdrückliches Verbot von Mogelpackungen als § 6a UWG eingeführt wurde.⁶

C. Liberalisierung bei Sondertatbeständen

Während die ersten 60 Jahre des UWG durch eine umfassende Regulierung geprägt waren, setzte mit der Wiederverlautbarung im Jahr 1984 eine erste Liberalisierung ein, welche später mit dem **Wettbewerbs-DeregulierungsG 1992** noch wesentlich ausgeweitet wurde. In weiterer Folge konnten schließlich im Zuge der europäischen Harmonisierung ab 2005 einige verbliebene Sonderregelungen nicht aufrechterhalten werden. Zu dieser Liberalisierung drei Beispiele: Während Rabatte von mehr als 3%, vergleichende Werbung und Zugaben ursprünglich lauterkeitsrechtlich unzulässig waren, sind diese drei Werbeformen mittlerweile alle grundsätzlich erlaubt, sofern sie nicht im Einzelfall irreführend, aggressiv oder sonst unlauter eingesetzt werden.

1. Wiederverlautbarung und Wettbewerbs-DeregulierungsG

Nach der ersten – und in den 100 Jahren einzigen – Wiederverlautbarung des UWG im Jahr 1984⁷ wurde wenige Jahre später durch die Wettbewerbsnov 1988 **vergleichende Preiswerbung grundsätzlich zugelassen**.⁸ Durch diese Änderung wurde das bisherige Verbotsprinzip durchbrochen und für die vergleichende Preiswerbung das Missbrauchsprinzip eingeführt, womit diese Werbeform seither grundsätzlich zulässig ist, es sei denn, sie verstößt gegen die Grundsätze der §§ 1, 1a und 2 UWG.

Eine noch umfassendere Liberalisierung brachte 1992 das Wettbewerbs-DeregulierungsG mit der Aufhebung von RabattG, ZugabenG und AusverkaufsG.⁹ Damit **entfiel das Rabattverbot zur Gänze**, während das Zugabenverbot in einer gespaltenen Form im „legendären“ § 9a UWG neu geregelt war. So war Verbrauchern gegenüber nur das Ankündigen von Zugaben verboten, Unternehmern gegenüber war hingegen auch das Gewähren unzulässig. Eine Nachfolgeregelung für das AusverkaufsG fand sich ab da in den §§ 33a ff UWG.

2. Aufhebung des VfGH zum UWG

Doch nicht nur der Gesetzgeber und der OGH trugen über die Jahre zu einer Liberalisierung des Lauterkeitsrechts bei. Auch der VfGH wurde mehrfach tätig und als Resultat einer verfassungsrechtlichen Entscheidung im Jahr 1994 wurde der **Tatbestand der unzulässigen Mengenbeschränkungen gem § 9b UWG als Verstoß gegen die Erwerbsfreiheit aufgehoben**.¹⁰ Diese Regelung diente ursprünglich als Ersatz für das zuvor vom VfGH ebenfalls als verfassungswidrig aufgehobene generelle Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis nach § 3a NVG, welches ein ähnliches Ziel verfolgt hatte. Damit wurde für Unternehmer der Weg zu einer freien Preisgestaltung eröffnet, die ihre Grenze in der Regel nur mehr im Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung nach dem KartG hat.

³ Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V. – s. www.wettbewerbszentrale.de.

⁴ Handig/Wiebe in Wiebe/G. Kodek, UWG² (31. Lfg) Einl Rz 10.

⁵ BGBl 1971/74.

⁶ BGBl 1980/120; s. auch Koppensteiner, Wettbewerbsrecht³ § 3 Rz 34.

⁷ BGBl 1984/448.

⁸ BGBl 1988/422.

⁹ Ausführlich dazu F. Prunbauer, Das Wettbewerbsderegulierungsgesetz BGBl 1992/147, RdW 1992, 198.

¹⁰ Siehe dazu Barfuß, VfGH zu § 9a und § 9b UWG, ecolex 1994, 402.

3. Fall des Zugabensverbots und Liberalisierung der Ausverkaufsvorschriften

Die unten noch näher dargestellte Harmonisierung des Lauterkeitsrechts durch die EU führte zu einem besonderen Paradoxon in der langjährigen Geschichte des UWG. Obwohl man die neuen Bestimmungen auf europäischer Ebene tendenziell als Verschärfung ansehen konnte, wurden dadurch im Jahr 2013 mehrere „unfreiwillige“ Änderungen in Form einer Liberalisierung des UWG hervorgerufen (ähnlich auch in Belgien und Deutschland). Grund dafür war die gewählte Maximalharmonisierung, welche **keinen Platz mehr für Sonderregelungen wie dem Zugabensverbot oder allzu strengen Ausverkaufsregelungen ließ**. Während § 9 a UWG (Zugaben) nach einer entsprechenden Entscheidung des EuGH dann 2013 zur Gänze vom nationalen Gesetzgeber aufgehoben wurde,¹¹ blieb ein Rest der Ausverkaufsvorschriften von geringer praktischer Relevanz in den §§ 33 a ff UWG erhalten.¹²

D. Europäische Harmonisierung des Lauterkeitsrechts

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die EU auch das Lauterkeitsrecht für ihre Harmonisierungsbestrebungen entdeckte. Den Startschuss gab die **RL über irreführende Werbung**, welche allerdings bis auf den Teilbereich der vergleichenden Werbung noch eine Mindestharmonisierung vorsah.

Die dann 2005 beschlossene **RL über unlautere Geschäftspraktiken als Maximalharmonisierung im B2C-Bereich** hat das UWG hingegen mit voller Wucht erfasst und wurde zunächst mit der großen UWG-Nov 2007 umgesetzt. Hier hat sich der österreich Weg einer – im Gegensatz zu Deutschland – fast wortgetreuen Eingliederung bzw Umsetzung der Bestimmungen bewährt. So wurde das dt UWG noch einmal neu iSd bisherigen Tradition gefasst, nur um dann wenig später erst recht wieder nach Mahnverfahren der EK an die europäische Regelung herangeführt zu werden.

Besser lesbar wurde das UWG dabei allerdings nicht, wobei man von Glück sprechen kann, dass sich die in weiterer Folge ausgeweitete Sammlung von jedenfalls verbotenen Geschäftspraktiken nicht im Gesetz verstreut, sondern in einem eigenen, gemeinhin als „schwarze Liste“ bezeichneten Anhang zum UWG findet. Während hier in Österreich (und auch Deutschland) bisweilen va eine Sammlung von „Selbst- und Unverständlichkeiten“ gesehen wird¹³, liegt der Mehrwert dieser mitunter willkürlich anmutenden Aufzählung darin, dass MS, die über kein vergleichbares Gesetz wie das UWG verfügen, so zumindest eine Idee erhalten, was man sich unter irreführend bzw aggressiv und damit unlauter bspw vorstellen kann.

Es folgten weitere europäische Initiativen, welche den nationalen Gesetzgeber beim UWG laufend „auf Trab“ hielten und dazu führten, dass nur mehr eine einzige wesentliche inhaltliche Änderung im 21. Jahrhundert nicht von der EU vorgegeben war.¹⁴ Doch noch einmal chronologisch alles von Anfang an:

1. Die IrreführungsRL samt vergleichender Werbung

Die Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung aus dem Jahr 1984¹⁵ wurde im Jahr 1999 in Österreich umgesetzt.¹⁶ Gleichzeitig wurde ein **Klagerecht des Vereins für Konsumenteninformation (kurz VKI)** bei Tatbeständen nach § 2 UWG eingeführt. Für die prozessuale Praxis ist das ein entscheidender Schritt, weil neben den Mitbewerbern und Schutzverbänden die Arbeiterkammer und der VKI zu den aktivsten Einrichtungen zählen, was die Durchführung von Abmahnungen und Klagen

nach dem UWG betrifft. Im Jahr 2006 erhielt auch die BWB eine Aktivlegitimation nach § 14 Abs 1 UWG¹⁷, welche va in Fällen mit einem Bezug zu dem Missbrauch einer marktbeherrschenden oder zumindest dominanten Stellung relevant ist.

2. Die „große“ UWG-Nov 2007 als Umsetzung der RL über unlautere Geschäftspraktiken

Die RL über unlautere Geschäftspraktiken aus dem Jahr 2005 (UGP-RL) kann als der Wendepunkt für die nachfolgenden Nov des UWG bezeichnet werden.¹⁸ Denn damit verschob sich das Zentrum des Geschehens rund um das UWG vom Gesetzgeber in Österreich auf die europäische Ebene. Mit der umfassenden Nov 2007 wurden **die Inhalte der UGP-RL in das UWG umgesetzt und gleichzeitig zur Vermeidung eines gespaltenen Lauterkeitsrechts weitgehend auf den B2B-Bereich ausgeweitet**. Überdies wurden damit zahlreiche neue Begriffsbestimmungen vorgegeben und in das UWG integriert, wobei das Gesetz in seiner ursprünglichen Schlantheit viele Jahrzehnte auch ohne diese gut ausgekommen war.

Weiters wurde mit dieser RL-Umsetzung eine neue, **zweite kleine Generalklausel für aggressive Geschäftspraktiken geschaffen und als § 1a UWG eingefügt**. Schließlich hielten mit der Nov 2007 zahlreiche **Informationspflichten** Einzug in das UWG und wurde der in der Rsp des EuGH immer bedeutender werdende Grundsatz verankert, dass die Nichtanführung wesentlicher Informationen auch eine **Irreführung durch Unterlassung** darstellt.

Die erste Bewertung eines in der Umsetzung führenden UWG-Experten lautete damals: „*Sie [die UGP-RL] betrifft nur den Schutz kollektiver Verbraucherinteressen, also nicht das Vertragsrecht und verbessert den Individualrechtsschutz der Verbraucher nicht. [...] Insgesamt wird die Umsetzung der RL nur in MS mit einem geringer entwickelten Lauterkeitsrecht zu einem höheren Schutzniveau der Verbraucher führen.*“¹⁹

Eine weitergehende Überarbeitung des UWG bei dieser Gelegenheit wurde zwar angedacht, aber letztlich nicht durchgeführt, wie es teilweise gefordert worden war: „*Unser UWG gehört schon seit langem entrümpelt. Die RL gegen unlautere Geschäftspraktiken (RL-UGP), die bis 13. 12. 2007 umzusetzen war, hätte dazu einen guten Anlass geboten.*“²⁰

¹¹ KaWeRÄG 2012, BGBl I 2013/13.

¹² UWG-Nov 2013, BGBl I 2013/112.

¹³ Vgl Wiltschek, UWG⁵ (MANZ-Sonderausgabe 2022) 160f, FN 27 (zu Z 23 des Anhangs zum UWG): „Für Österreich ist der überwiegende Teil der Tatbestände des Anhangs allerdings so selbstverständlich, dass der Rechtssuchende aus ihrem Aufscheinen im Anhang mE keinen Nutzen hat. Dafür sind andere Tatbestände für uns so unverständlich, dass für sie Gleiches gilt. Der Anhang ist für mich somit ein Konglomerat von Selbst- und Unverständlichkeiten.“

¹⁴ Im Zuge der UWG-Nov 2016 wurde im nicht harmonisierten B2B-Bereich ein neues per se-Verbot iZm „Bestpreisklauseln“ als Z 32 im Anhang hinzugefügt, welche von Plattformbetreibern mit Beherbergungsunternehmen vereinbart werden (BGBl I 2016/99).

¹⁵ RL 84/450/EWG vom 10. 9. 1984; kodifizierte Fassung RL 2006/114/EG v 12. 12. 2006; ABl L 2001/376 v 27. 12. 2006, 21, in der Fassung der Berichtigung ABl L 2009/253 v 25. 9. 2009, 18.

¹⁶ BGBl 1999/185.

¹⁷ BGBl I 2006/106.

¹⁸ RL 2005/29/EG v 11. 5. 2005, ABl L 2005/149 v 11. 6. 2005, 22, geändert durch die RL 2019/2161 zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union.

¹⁹ Gamerith, Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken erlassen! ÖBl 2005, 145.

²⁰ Kucsko, MEMO: UWG (fast) neu! ecolex 2007, 955; s auch Schuhmacher, Die UWG-Novelle 2007, wbl 2007, 557, mit folgender Bewertung: „Die UWG-Novelle 2007 setzt die RL 2005/29/EG weitgehend detailgetreu um; sie entspricht damit den Umsetzungserfordernissen des EuGH. Verfehlt ist dagegen die

3. Die UWG-Nov 2015 als „weitere“ Umsetzung der UGP-RL
Mit der ersten Umsetzung war es aber nach Ansicht der EK nicht getan und so musste mit der UWG-Nov 2015 „nachgeschärft“ werden. Dabei kam es zu einer **Streichung des Verbots von Hinweisen auf einen Konkursmassenursprung** (§ 30 UWG aF), und zwar wiederum wegen des richtlinienwidrigen Charakters als per se-Verbot, zu einem **Entfall der Sonderangeboteregulierung in § 2a UWG**, um die Vereinbarkeit mit der neukodifizierten WerbeRL zu gewährleisten, sowie weiters zu einer noch wortgetreueren **Anpassung insb der Bestimmungen über irreführende Unterlassungen in § 2 UWG an die UGP-RL**.²¹

4. Die UWG-Nov 2018 als Umsetzung der Know-how-RL
Die Anführung „sachfremder“ Tatbestände im UWG hat durchaus eine gewisse Tradition. Als historisches Beispiel sei auf die Markenrechtsnov 1999 verwiesen, die etwa mit folgendem Zitat kommentiert wurde: *„Um dem geneigten Leser den Weg durch das Neue im „Irrgarten des UWG“ zu erleichtern, wird in der Reihenfolge der Paragraphen-Nummerierung vorgegangen. Im sozusagen „freien Platz“ zwischen § 7 UWG (Herabsetzung eines Unternehmens) und § 9 UWG (Kennzeichenmissbrauch) wurde ein § 8 UWG (geografische Angaben) neu eingefügt. Das UWG ist ein sehr geduldiges Gesetz: Wieder einmal ließ es widerspruchsfrei mit sich geschehen, dass der Gesetzgeber neue Bestimmungen just dort in das UWG einfügt, wo gerade Platz ist.“*²²

Bei der **Umsetzung der GeschäftsgeheimnisRL**²³ wurde dann sogar ein eigener Abschnitt in den §§ 26a bis 26j UWG aufgenommen. Hier wäre ein eigenes Gesetz wie in Deutschland eine Alternative gewesen, aber im UWG sind auch Zwischenparagraphen langjährige Praxis, wie es bspw § 2a zur vergleichenden Werbung oder § 28a zur Erlagscheinwerbung belegen.

5. Die UWG-Nov 2022 als Umsetzung der OmnibusRL
Gerade zuletzt zeigte sich, dass mit zusätzlichen Verbraucherschutzregeln im Lauterkeitsrecht immer mehr europäische Politik gemacht wird, was durchaus nicht immer der selbst verordneten „Better Regulation“ auf EU-Ebene entspricht. Als erster Schritt führte hier etwa der „New Deal for Consumers“ zu einigen Ergänzungen im UWG. Die erstmalige Änderung der UGP-RL erfolgte dabei durch die **sog OmnibusRL (auch ModernisierungsRL)** aus dem Jahr 2019.²⁴

Konkret wurden bei deren Umsetzung durch die UWG-Nov 2022²⁵ neue Begriffsbestimmungen für den Onlinebereich eingeführt. Zudem wurden ua der Irreführungtatbestand der Dual Quality (zweierlei Qualität) geschaffen und die Irreführung durch Unterlassung wesentlicher Informationspflichten in zwei neuen Tatbeständen festgelegt, die das Ranking und Verbraucherbewertungen im Onlinehandel betreffen. Außerdem ist in § 16 Abs 1 UWG nun ausdrücklich ein Schadenersatz auch für Verbraucher bei irreführenden, aggressiven oder sonst unlauteren Geschäftspraktiken vorgesehen und wurden der schwarzen Liste (Anhang zum UWG) neue Verbotstatbestände hinzugefügt. Die Bewertung der mit dieser Umsetzung befassten Experten im zuständigen Ministerium spricht dazu Bände, wie auf europäischer Ebene teilweise politisches Tempo vor legislativer Qualität geht: *„Mit dem New Deal for Consumers erfährt die RL über unfaire Geschäftspraktiken (UGP-RL) nach fast 15 Jahren eine erste Novelle. Neben verbesserten Informationsvorschriften, zB über das Ranking, welche iSd digitalen Herausforderungen als zeitgemäß anzusehen sind, beinhaltet die Nov doch auch im Lichte des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips hinterfragenswerte Bestimmun-*

*gen. Der große Druck der Europäischen Kommission, das Paket noch vor Ende der EP-Legislaturperiode zu verabschieden, ging zu Lasten der Qualität.“*²⁶

6. Der „Green Deal“ mit der RL zur Stärkung der Verbraucherrechte für den ökologischen Wandel
Aktuell ist nun der „Green Deal“ mit zwei RL-Vorschlägen auch mit Bezug zum Lauterkeitsrecht angekommen. Nachdem es sich schon um einen Blick in die Zukunft des UWG als „Jubilar“ handelt, wird auf den Beitrag von *Erika Ummenberger-Zierler* und *Judith Stenitzer* in dieser Ausgabe der ÖBL verwiesen verwiesen (ÖBL 2023/59), welcher als Ausblick die kommenden Entwicklungen näher beleuchtet.

E. Resümee

Ein Blick auf 100 Jahre UWG könnte kurz zusammengefasst wie folgt lauten: Zuerst wurde reguliert, dann dereguliert und zuletzt wieder (auf EU-Ebene) „verschärft“. Die bei langfristigen Entwicklungen von Gesetzen oft typischen „Wellenbewegungen“ bilden sich hier ebenfalls ab. Für den Praktiker ist das meist sekundär, weil sich der als unlauter abzugrenzende Wettbewerb überwiegend im „Graubereich“ zwischen gerade noch zulässig oder bereits unzulässig abspielt, egal wo diese Grenze vom Gesetzgeber angesiedelt wird.

Neue Vorschriften bringen allerdings bei einem Case-Law-System wie dem Lauterkeitsrecht mit dem UWG als zentralem Gesetz einmal Rechtsunsicherheit, weil Klarheit für die Anwendung der neuen Bestimmungen in den unterschiedlichen Einzelfällen erst im Laufe der Zeit von der Rsp geschaffen werden muss.²⁷ Gerade in Bezug auf die überbordenden Informationspflichten zugunsten der Verbraucher kann man nur hoffen, dass – neben den oft überforderten Kleinunternehmern – auch der dadurch immer „besser“ geschützte Verbraucher selbst noch den Durchblick bewahrt. Nach dem allgemeinen Prinzip wird es aber ohnedies wieder eine Gegenbewegung geben, zumindest in den nächsten 100 Jahren unseres so geliebten UWG.

„überschießende“ Umsetzung der „schwarzen Liste“ des Anhangs I sowie der Informationsanforderungen, die sich aus Anhang II der RL ergeben, auch im B2B-Bereich. Der angekündigten „Gesamtreform“ des UWG darf mit Sorge entgegengeblickt werden.“

²¹ BGBl I 2015/49; s auch *Seidelberger*, UWG-Novelle 2015 – die Umsetzung der UGP-RL in bereits „vier Akten“, in *Staudegger/Thiele* (Hrsg), Jahrbuch Geistiges Eigentum 2016, 261.

²² *Prunbauer*, Neuerungen im UWG, RuW 1999 Nr 148, 2ff, und *Wiltschek*, Neues im Irrgarten des UWG, *ecolex* 1999, 635.

²³ BGBl I 2018/109.

²⁴ RL 2019/2161 zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union, welche als Paket gleich die Änderung von vier RL betraf (darum die Bezeichnung Omnibus).

²⁵ BGBl I 2022/110 als Teil des Zweiten Modernisierungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz – MoRUG II.

²⁶ *Ummenberger-Zierler/Wilfing/Stenitzer*, EU-Lauterkeitsrecht 2.0, ÖBL 2019, 260; dazu auch *Handig*, „Was gibt es Neues?“ im UWG, *ecolex* 2022, 685: „In den vergangenen Jahrzehnten wurden die nationalen Lauterkeitsrechte unter dem europäischen Reformdruck redimensioniert, dabei wurden etliche nationale Regelungen (zB das Zugabenrecht) unter dem Prätext des per se-Verbots beseitigt. Nun aber hat die EK die lauterkeitsrechtliche RahmenRL (UGP-RL) als Begleitnorm zu anderen Kernvorschriften des Verbraucherschutzes entdeckt und erweitert auch die Liste der per se-Verbote im Anhang der RL.“

²⁷ Das zeigt sich in der Judikatur des EuGH zur UGP-RL, welche sich nach fast 20 Jahren noch immer laufend mit Abgrenzungsfragen in Form von Vorabentscheidungsverfahren beschäftigt: *Alexander*, Die Rechtsprechung des EuGH zur Richtlinie 2005/29/EG in den Jahren 2021 und 2022, WRP 2023, 399.

ÜBER DEN AUTOR

Hannes Seidelberger ist Geschäftsführer des Schutzverbands gegen unlauteren Wettbewerb und ehrenamtlicher Generalsekretär der ÖV (Österreichischen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht). Neben zahlreichen Fachbeiträgen im Lauterkeits- und Onlinerecht ist er Mitherausgeber der Wettbewerbsfibel, welche anlässlich 100 Jahre UWG in 13. Auflage neu erschienen ist, und inhaltlich verantwortlich für die jährliche Mitgliederzeitschrift Recht und

Wettbewerb (kurz RuW – kostenfrei abrufbar unter www.schutzverband.at).

E-Mail: office@schutzverband.at

LITERATUR

Wiltschek, UWG⁵ (MANZ-Sonderausgabe 2022)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG – Kommentar zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb² (2023)